

Stand: 03.05.2026 01:30:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/23244

"Befristungsunwesen für Lehrkräfte endlich beenden - keine Entlassung zu Beginn der Sommerferien!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/23244 vom 11.07.2018
2. Beschluss des Plenums 17/23474 vom 12.07.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 138 vom 12.07.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Befristungsunwesen für Lehrkräfte endlich beenden – keine Entlassung zu Beginn der Sommerferien!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Befristungsunwesen zu beenden und befristet angestellte Lehrkräfte künftig nicht mehr zu Beginn der Sommerferien zu entlassen. Zudem gilt es, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die große Zahl an befristeten Beschäftigungsverhältnissen von Lehrkräften abzubauen, diese in feste Stellen umzuwandeln und damit nicht nur prekären Lebensverhältnissen aufseiten der angestellten Lehrkräfte vorzubeugen, sondern auch die für den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern notwendige Kontinuität der Lehr- und Bezugspersonen in der Schule sicherzustellen.

Begründung:

Eines der gravierendsten Probleme des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus ist die Personalpolitik: Vielfach kam es in jüngster Zeit zu Engpässen in der Unterrichtsversorgung. Während beispielsweise die Wartelisten für angehende Lehrkräfte noch vor einigen Jahren im Bereich der Grund- und Mittelschulen überfüllt waren und viele hochqualifizierte Absolventen keine Stelle erhielten, sind die Wartelisten nun vollkommen leergefegt. Es kommt und kam in der vergangenen Zeit immer wieder zu extremem Lehrermangel an diesen Schularten. Es ist nachvollziehbar, wenn die Staatsregierung den Anstieg des Personalbedarfs durch befristete Anstellungsverhältnisse zu kompensieren versucht. Grundsätzlich muss jedoch verhindert werden, dass es zu einem stetigen Anstieg von befristeten Stellen im Lehrbereich kommt. Das gilt insbesondere, wenn dieser Anstieg auf langfristige

und wiederkehrende Planungsmängel und eine grundsätzlich zu knappe Personalbemessung vonseiten des Staatsministeriums zurückzuführen ist.

So stieg die Zahl der befristet Beschäftigten beispielsweise zwischen 2012 und 2016 an Grund- und Mittelschulen um knapp 50 Prozent, an Realschulen sogar um etwa 69 Prozent. Angesichts einer solchen Größenordnung lässt sich weniger ein kurzfristiger und unvorhersehbarer Anstieg des Personalbedarfs vermuten, vielmehr muss der Staatsregierung hier beinahe System unterstellt werden, auf Kosten von Lehrkräften, aber auch Schülerinnen und Schülern an absolut falscher Stelle eine Sparpolitik zu betreiben, die langfristig Konsequenzen für unsere gesamte Gesellschaft hat.

Der Lehrberuf gehört zu den wichtigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben, die es im Staatsdienst gibt. Lehrkräfte haben zentrale Bildungs- und Erziehungsaufgaben und tragen damit zur Stabilität unserer Gesellschaft und zur Gestaltung unserer Zukunft bei. Dabei spielt insbesondere die Beziehungsqualität zwischen allen am Unterricht und Schulgeschehen beteiligten Personen eine wesentliche Rolle, wenn es um ein positives Arbeits- und Schulklima sowie den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern geht. Nicht gelingende Beziehungsgestaltung kann dagegen die Unterrichtsarbeit und damit den Wissenstransfer und die Persönlichkeitsbildung gravierend beeinträchtigen. Um jedoch eine vertrauensvolle Basis und damit eine lernförderliche Beziehung zwischen Lehrkräften und Schülerinnen bzw. Schülern herstellen zu können, ist dringend die Kontinuität des Lehrpersonals notwendig. Dies gelingt aber nicht, wenn die Fluktuation des Lehrpersonals an Schulen durch eine Vielzahl an teils nur kurz befristeten Lehrkräften stetig steigt.

Gleichzeitig schaden prekäre Anstellungsverhältnisse und die damit verbundenen Sorgen um die eigene Stelle sowohl der Arbeitszufriedenheit als auch der Qualität des Schul- und Unterrichtsklimas. Denn ständige Stressfaktoren und die Sorgen, wie man in den Sommerferien ohne Gehalt für seinen Lebensunterhalt sorgen soll oder ob man im kommenden Schuljahr wieder eine Stelle erhält, können langfristig nicht nur der Arbeitsleistung, sondern auch der Gesundheit von Lehrkräften schaden.

Die Staatsregierung konterkariert mit ihrer Personalpolitik und insbesondere mit den Entlassungen zu Beginn der Sommerferien ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wenn sie erst um Lehrkräfte wirbt, viele Junglehrkräfte dann aber nach ihrer Ausbildung auf der Straße stehen lässt oder sie in

prekäre Anstellungsverhältnisse bringt. Der Staatsregierung sollte daran gelegen sein, ihre soziale Vorbildfunktion zu wahren, da die Attraktivität des Lehrberufs in Bayern ansonsten auf lange Sicht erheblichen Schaden nehmen wird und junge Menschen in Zukunft zunehmend die Stellen in der freien Wirtschaft dem Staatsdienst vorziehen werden. Dass wir diese Lehrkräfte aber dringend brauchen, ist angesichts des

gravierenden Mangels an einigen Schularten, der immer noch zu großen Klassen an Bayerns Schulen sowie den zahlreichen Herausforderungen, wie der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft, der Notwendigkeit einer stärkeren Individualisierung von Lernangeboten sowie einer inklusiven und integrativen Ausrichtung aller Schularten, unbestritten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/23244

Befristungsunwesen für Lehrkräfte endlich beenden – keine Entlassung zu Beginn der Sommerferien!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Martin Güll

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Thorsten Glauber

Staatsminister Bernd Sibler

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 36** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)

Keine Entlassung von Lehrkräften zu Beginn der Sommerferien ([Drs. 17/23225](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazoło u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Befristungsunwesen für Lehrkräfte endlich beenden - keine Entlassung zu Beginn der Sommerferien! ([Drs. 17/23244](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kohnen von der SPD.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In gut zwei Wochen verabschieden sich unsere bayerischen Schülerinnen und Schüler in die wohl schönste Zeit des Jahres für sie, in ihre wohlverdienten Sommerferien. Diese Freude hat aber einen verdammt bitteren Beigeschmack; denn viele derjenigen, die diese Schülerinnen und Schüler über ein Jahr betreut und ihnen eine Menge beigebracht haben, die ihnen auf ihrem Lebensweg mehr als nur Wissen mitgeben, können nicht in eine Erholungsphase gehen. Warum? – Weil der Arbeitsvertrag vieler bayerischer Lehrerinnen und Lehrer endet. Sie gehören zu den vielen befristeten Lehrkräften, für die der Beginn der Sommerferien nichts anderes als Arbeitslosigkeit heißt. Ihnen bleibt nichts anderes als der Weg zur Arbeitsagentur. Millionen Menschen in unserem Land fahren in den nächsten Wochen in Urlaub, mit ihren Freunden, ihren Familien. Diese Lehrerinnen und Lehrer können das aber nicht. Sie können noch nicht einmal planen, wie ihre Zukunft weiter-

geht, und zwar weder im Beruf noch familiär. Sie hängen völlig in der Schwebel. Oder lassen Sie es mich so ausdrücken wie der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer Jürgen Böhm, der aus Bayern stammt. Er veröffentlichte gestern folgenden Begriff: Er nannte die Realität an unseren Schulen: "hire and fire".

(Tobias Reiß (CSU): Ich glaube, der hat Berlin gemeint!)

Wir sagen Ihnen, wie die Realität an den Schulen seit Jahren aussieht: Die Zahl der befristet Beschäftigten an unseren Schulen steigt und steigt und steigt. An den Grund- und Mittelschulen stieg die Zahl von 2012 bis 2016 um knapp 50 % auf 1.480 Lehrkräfte. An den Realschulen waren sogar 69 % Steigerung feststellbar, und zwar von 790 auf 1.332. Insgesamt waren im Jahr 2016 fast 7.000 Lehrkräfte in Bayern nur mit befristeten Verträgen angestellt. Aktuellere Zahlen hat Ihr Kultusministerium uns leider nicht zur Verfügung stellen können. Ich frage Sie: Welcher junge Mensch will mit so einer Perspektive Lehrer werden? Wer will sich so einer Einstellungspolitik nach Gutsherrenart aus dem letzten Jahrtausend ausliefern?

(Tobias Reiß (CSU): Die in der zweiten Qualifizierungsmaßnahme befristet sind, die haben dann auch eine Perspektive!)

– Ich würde nicht so laut dazwischenplärren. Wissen Sie, von wem der Satz mit der Gutsherrenart stammt?

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Der stammt vom Vorsitzenden des Realschullehrerverbandes, von niemand anderem.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist doch bundesweit!)

– Bundesweit? Dann lesen Sie doch die Pressemitteilung, darin schreibt er: auch in Bayern.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir machen jetzt keine Zwiesprache.

(Beifall bei der CSU)

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sagen Sie das auch Ihren Kollegen! Ich frage Sie, wer in diesem Saal würde so mit sich umgehen lassen, Herr Reiß? – Niemand! Dann frage ich die dafür Verantwortlichen in Bayern, und das sind alle Abgeordneten der CSU, zumindest die, die da sind: Wenn Ihre Kinder oder Enkel den Lehrerberuf ergreifen, wollen Sie, dass Ihre Kinder von einem befristeten Vertrag in den nächsten hineinstolpern und damit abgespeist werden? Wollen Sie, dass sie jedes Jahr im Juli und im August darauf hoffen, dass der Staat sie nach den Sommerferien vielleicht wieder einstellt und dann irgendwann vielleicht in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernimmt? – Ich sage Ihnen, wie Ihre Antwort lautet: Nein. Das wollen Sie nämlich nicht für Ihre Kinder und Enkel. Sie wollen, dass Ihre Kinder und Enkelkinder anständig behandelt werden.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Wie fast 100 % in Bayern!)

Ich sage Ihnen deshalb: Gehen Sie mit den Lehrkräften in unserem Land anständig um, Herr Reiß!

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Das tun wir!)

Geben Sie den Lehrerinnen und Lehrern in unserem Land endlich Planungssicherheit!

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Beste Bezahlung und am wenigsten Befristungen unter allen Bundesländern!)

– "Beste Bezahlung"? – Wissen Sie was, reden wir doch einmal wirklich über Mathematik. Lernen Sie doch einmal aus den Statistiken, die können Sie sich von den Mathematiklehrern erklären lassen! Das ist doch nicht so schwer. Die Geburtenrate und der Zuzug in unserem Freistaat steigen. Die Zahl der Studierenden in Lehramtsstudiengängen sinkt. Die Pensionsreife von aktiven Lehrern ist demografisch klar, oder etwa nicht? – Dann nehmen Sie noch die Klassengrößen hinzu; die Klassen sind

immer noch viel zu groß. Die Unterrichtsausfälle an den bayerischen Schulen sind eklatant hoch.

(Zurufe von der CSU: Das stimmt nicht!)

– Sie regieren seit Jahrzehnten. Woher kommt das denn?

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist falsch!)

– Es ist nicht falsch.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mit diesen Daten können Sie ganz einfach ausrechnen, welchen Bedarf an Lehrkräften wir haben. Sie können überlegen, wie wir diesen Beruf endlich attraktiver gestalten können. Vielleicht setzen Sie dann noch Ihren gesunden Menschenverstand ein und schauen, was seit Jahren jedes Jahr aufs Neue passiert. Nehmen wir das Beispiel der Mobilen Reserve, eines Pools von Lehrkräften, die bei Mutterschutz, Elternzeit und Krankheit eingesetzt werden. Dieser Pool funktioniert am ersten Schultag. Komischerweise wird es aber schon am zweiten Schultag schwierig. Wissen Sie, was passiert, wenn die erste Grippewelle im Herbst kommt? – Dann sind Chaos und Unterrichtsausfall an unseren bayerischen Schulen perfekt. So schaut's aus!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Lernt doch endlich mal aus den Fehlern der Vergangenheit! Lernt von den Fachleuten, was die nackten Zahlen sagen! Das ist doch keine Hexerei. Wenn ein Unternehmen so arbeiten würde, dann müsste es schlichtweg seine Produktion stilllegen. Sollen wir denn unsere Bildungseinrichtungen wegen Lehrermangels stilllegen? – Wir brauchen junge Lehrer!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie ganz ehrlich sind, müssen Sie eingestehen, dass der Umgang mit den Befristungen der Lehrer schlichtweg unanständig ist; denn alle Lehrer, die Sie im August kündigen, stellen Sie – –

(Tobias Reiß (CSU): Wie viele sind es denn? Wie viele kündigen sie denn? – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Viele, Tausende! – Tobias Reiß (CSU): Wie viele? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Zuhören, zuhören! – Alle Lehrer, die Sie im August kündigen, stellen Sie im September wieder ein.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Falsch! Falsch! Falsch!)

– Können Sie mal aufhören? Das nervt. Einfach mal zuhören! – Sie stellen diese Befristeten im September wieder ein.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Falsch!)

Damit es aber nicht zu Kettenverträgen kommt, tauschen Sie fröhlich einen Befristeten gegen den nächsten Befristeten aus.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Falsch!)

Ich sage Ihnen was: Das ist zutiefst unanständig. Das gehört sich nicht. So gehen wir auch nicht mit Bildung um.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Falsch! – Tobias Reiß (CSU): Wie viele sind es? Eine Zahl, bitte!)

– Jetzt frage ich Sie mal was. Wenn Sie immer dazwischenplärren: Haben Sie denn kein Bürgerbüro?

(Tobias Reiß (CSU): Doch!)

Diese Lehrerinnen und Lehrer kommen jetzt doch reihenweise in unsere Bürgerbüros und bitten darum, dass wir ihnen helfen. Leugnen Sie das doch nicht!

(Beifall bei der SPD – Petra Guttenberger (CSU): Mit Lautstärke allein geht es nicht!)

Ich sage Ihnen eines: Wie funktioniert Bildung? – Bildung funktioniert über Beziehung. Liebe Leute, wenn eine Bezugsperson jedes Jahr oder gar jeden Monat wechselt, dann geht das so nicht. So funktioniert Bildung nicht. Bildung ist der einzige Rohstoff, den wir haben.

(Unruhe bei der CSU)

– Wenn ihr euch hier intern zofft, rege ich an, dass ihr das vielleicht nachher machen könnt. Ich glaube aber, er sagt was Richtiges, weil er gerade einen Kollegen anmacht. Seis drum.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen, was paradox ist. Paradox bei der ganzen Sache ist doch Folgendes.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Kränzle, bitte!

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Nicht aufregen, Herr Kränzle. Sie können die Kollegen nachher überzeugen, dass sie Schmarrn reden. Ja, wahrscheinlich haben Sie recht. Keine Ahnung, vielleicht können wir ja nachher darüber reden. Aber ich sage Ihnen was.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kohnen, Sie müssen nicht die Arbeit des Präsidenten tun. Ich habe den Herrn Kränzle gebeten, dass er sich gegenüber dem anderen Kollegen aus seiner Fraktion mäßigt. Und jetzt haben Sie wieder das Wort und können fortfahren.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ja, Herr Präsident. Vielen Dank, Herr Bocklet, aber ich gebe Ihnen in Folgendem recht: Es ist schwer, wenn sich die eigene Fraktion da drüben permanent streitet. Das können Sie ja auch gerne nachher öffentlich machen.

Wie ist denn die Realität? – Die Realität ist, dass viele Lehrerinnen und Lehrer das Ruhestandsalter wegen der Belastung, die sie in ihrem Job haben, gar nicht mehr erreichen. Umgekehrt werden junge qualifizierte Kräfte mit befristeten Verträgen abgespeist. So sieht es in der Realität aus. Die bekommen überhaupt keine Anstellung.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen endlich für Planungssicherheit im Leben vieler Lehrerinnen und Lehrer sorgen.

(Tobias Reiß (CSU): Das tun wir!)

– Entschuldigen Sie mal, Herr Reiß. Sie setzen die Befristungen systemisch ein. Was anderes machen Sie nicht.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Wie viele?)

Sie lernen nicht aus Ihren Fehlern der Vergangenheit, sondern es ist ein Flickenteppich, den Sie da weben. Sie weben diesen Flickenteppich nur deswegen, weil Sie nicht aus den Fehlern lernen wollen, die Sie in der Vergangenheit gemacht haben.

Ich sage Ihnen eines: Stellen Sie mehr Lehrer ein, und beenden Sie endlich diese Befristungen! Das ist unanständig!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Höchster Personalstand aller Zeiten!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kohnen. – Als Nächster hat der Kollege Prof. Dr. Piazzolo das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Tobias Reiß (CSU): Haben Sie Zahlen dabei, Herr Piazolo?)

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was war das gestern für eine Sitzung – und heute geht es eigentlich genauso los!

(Wolfgang Fackler (CSU): Genau!)

Verbale Auseinandersetzungen, Beleidigungen, aber auch ein Appell. Überall in diesem Parlament ist Nervosität zu spüren. Ich glaube, das liegt zu einem guten Teil an der bevorstehenden Wahl, liegt an der Befristung; denn auch wir haben eine Befristung. Diese unsere Befristung geht bis zum Oktober. Das ist in einer Demokratie aber normal. Das ist normal. Wir wissen das alle: Hier geht es um Mandate auf Zeit. Das ist so vorgesehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU, bei den Lehrern ist das anders. Da sind Befristungen nicht vorgesehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

So ist es nicht geplant, und so ist es nicht gedacht. Das ist anders als im Parlament. Vielleicht kennen Sie es nicht anders. Es ist gerade auch gesagt worden, dass der Staat eine Fürsorgepflicht hat. Der Lehrerberuf ist bewusst mit Beamten ausgestattet, wie bei anderen Ämtern im Staat auch. Das ist seit mehr als einem Jahrhundert der Fall. Befristungen müssen deshalb die absolute Ausnahme sein.

(Tobias Reiß (CSU): Wie in Bayern!)

– Wie sieht es in Bayern aber aus? – 7.000 Befristungen.

(Natascha Kohnen (SPD): So ist es!)

Das ist keine Ausnahme mehr, sondern das ist in den letzten Jahren zur Regel geworden. Liebe Kollegen, das gilt übrigens nicht nur bei den Lehrern. Schauen Sie sich mal

die Hochschullehrer an. Da ist es ja noch viel schlimmer. Der ganze Mittelbau ist befristet. Junge Professoren sind befristet tätig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage – vorher kam das Wort "unanständig" –: Das ist eines Staats, eines reichen Staats, wie dieser Freistaat einer ist, nicht würdig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Stellen Sie das schnellstmöglich ab!

Früher hieß es immer: Wenn man beim Staat arbeitet, dann ist es zumindest sicher, aber häufig nicht so toll bezahlt. Ich sage: Bei unseren Lehrern kann man, gerade beim Eingangsamts, bei der Bezahlung etwas drauflegen. Grundsätzlich ist die Bezahlung aber in Ordnung. Sie ist aber für viele Jüngere unsicher geworden. Sie sind nicht mehr verbeamtet, und sie werden – das ist unser heutiges Thema – vor den Sommerferien entlassen. Sie werden ausgestellt. Sie werden in die Unsicherheit geführt, und es macht den Eindruck, dass diese jungen Lehrer für Sie, für die Staatsregierung, Ausputzer einer schlechten Personalpolitik sind. Das hat damit zu tun, dass wir auch in der bayerischen Schulpolitik enorme Defizite haben: 10 % Unterrichtsausfall. Wenn Sie das auf jeden Schüler rechnen, ist das an jedem zweiten Tag durchschnittlich eine Unterrichtsstunde, die nicht so stattfindet, wie im Lehrplan vorgesehen. 10 %, das ist ein Debakel. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind Zehntausende von Stunden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir haben also zu wenig Lehrer. Ich wollte gestern noch darüber reden, habe dann aber darauf verzichtet, weil es schon nach 23.00 Uhr war: Wir fordern eine Unterrichtsgarantie. Das ist einer der Bausteine, die dringend notwendig sind: eine Lehrerversorgung von 110 %. Dann brauchen Sie auch keine Befristungen. Die brauchen Sie dann nicht.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Diese Frist führt bei den Lehrern zum Frust. In welcher Situation sind die Junglehrer? – Sie wollen eine Familie gründen, sie wollen Sicherheit und eine Wohnung haben. Sie können aber nicht planen. Versetzen Sie sich doch mal in die Lage von Lehrern! Überlegen Sie doch mal, warum wir zum Beispiel auch beim Parlamentsberuf – ich habe es vorhin gesagt – Schwierigkeiten haben, junge Leute zu finden. Die Unsicherheiten nehmen zu.

Man muss deutlich machen, was gebraucht wird: Kontinuität, Verlässlichkeit und Planungssicherheit führen zum Lernerfolg. Das ist wichtig für die Schule. Und was ist mit am wichtigsten für die Lehrer? – Eine Kultur der Anerkennung. Ihre Leistung ist anzuerkennen! Wenn ich jemanden aber am Ende des Schuljahres ausstelle, dann ist das keine Anerkennung. Diese Frist ist deshalb Mist. Sie führt zum Frust, und sie ist Mist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, stellen Sie das schnellstmöglich ab! Herr Söder hat 2.000 Lehrerstellen versprochen. Er sollte alle diese Befristungen rückgängig machen, wenn er das verspricht. 2.000 neue Lehrerstellen werden für eine Unterrichtsgarantie nicht ausreichen. Vielleicht reichen sie aber aus, um Befristungen einzuschränken.

Deshalb noch einmal: Frist führt zum Frust. Frist ist Mist. Hören Sie mit Befristungen und dem Entlassen vor den Sommerferien auf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Fackler von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Tobias Reiß (CSU): 0,8 % der Lehrer!)

Wolfgang Fackler (CSU): Werter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Es war fast wieder zu erwarten, dass die Opposition nur an der Oberfläche kratzt, dass sie dramatisiert, polemisiert und einen absolut falschen Eindruck erweckt.

(Beifall bei der CSU)

Die Opposition tut so, als ob Befristungen der Regelfall wären; sie tut so, als ob es eine Hire-and-fire-Mentalität gäbe; sie tut so, als ob es einen Lehrermangel gäbe, und sie tut so, als ob das Ganze System hätte.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist richtig!)

Ich sage: Sie erwecken einen falschen Eindruck, und das ist unanständig.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Alles die Wahrheit! – Nata-scha Kohnen (SPD): Fragen Sie die Lehrer!)

Wir wollten uns mit Blick auf gestern etwas beruhigen und mäßigen und die Debatten sachlich führen. Deshalb werde ich entsprechend fortfahren.

(Thomas Kreuzer (CSU): 0,8 %!)

Ich verstehe, dass hinter jedem Vertrag ein menschliches Schicksal steht. Auch bei mir melden sich welche, absolut, nicht nur bei Ihnen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) – Tobias Reiß (CSU): Ach, die Frau Präsidentin ist auch da!)

Deshalb habe ich auch Verständnis dafür, dass Sie versuchen, in diesem Bereich Verbesserungen zu erzielen. Ich sage Ihnen eines: Wir haben diese Verbesserungen erreicht. Das wollen Sie nur nicht sehen oder auch nicht lesen. Ich berichte Ihnen Folgendes: In Bayern ist die Lage im Übrigen besser als in den vergangenen Jahren, und zwar deutlich besser.

(Beifall bei der CSU)

Das sage nicht nur ich, sondern das sagt auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, in der "Passauer Neuen Presse" vom 10. Juli 2018.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Das war erst gestern.

In Bayern werden die Aushilfslehrer während der großen Ferien bezahlt, wenn sie zu Beginn des Schuljahres ihren Dienst angetreten haben. Das haben Sie überhaupt nicht erwähnt, weil Sie das wahrscheinlich gar nicht wissen. Wer also das ganze Schuljahr über im Dienst ist, für den endet der Vertrag nicht vor den Sommerferien. Das müssen Sie sehen, und das müssen Sie auch akzeptieren. Das tun Sie aber nicht, weil das nicht in Ihr Weltbild passt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER))

Deswegen will ich den Gesamtkontext darstellen und versuchen, etwas in die Tiefe zu gehen. In absoluten Zahlen haben wir in Bayern rund 155.000 Lehrkräfte bei 1,7 Millionen Schülern an 6.000 Schulen. Viele dieser Lehrer gehen in Teilzeit. Warum gehen sie in Teilzeit? – Weil für sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr wichtig ist. Im Verhältnis dazu sind 7.000 Lehrkräfte eine geringe Zahl. Ich sage noch eines: Dieser Personalkörper mit 155.000 Lehrern muss gemanagt werden. Der Regelfall in der Schulverwaltung ist nicht die Befristung, sondern das Beamtenverhältnis.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Wer die Staatsnote erreicht, der erfüllt den Leistungsgrundsatz und bekommt eine feste Stelle als Lehrer im Beamtenverhältnis.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das stimmt nicht!)

– Selbstverständlich stimmt das. – Wir haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Stellen geschaffen. Seit dem Jahr 2008 wurden über 14.000 Lehrerstellen neu geschaffen oder im System belassen. Allein aus der demografischen Rendite sind 6.500 Stellen im System belassen worden, trotz zurückgehender Schülerzahlen. Mit

dem Bildungspaket Bayern hat man weitere rund 2.000 Stellen beschlossen, und unser Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung noch einmal weitere 2.000 Stellen im Rahmen der Bildungsoffensive Plus angekündigt. Es gibt also Stellen über Stellen im Bildungsbereich. Ich glaube, es gäbe wahnsinnig viele Ressorts, die hochofrend wären, wenn es auch bei ihnen so viele Stellenmehrungen gäbe wie im Bildungsbereich.

(Beifall bei der CSU)

Gestatten Sie mir eine Anmerkung: Wir können noch so viele Lehrer haben – lernen müssen die Kinder immer noch selber.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

– Auch das ist eine Wahrheit.

Die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls ist eine der Hauptaufgaben unserer Politik. Trotz aller schwarzmalerischen Behauptungen von Ihnen ist die Unterrichtsversorgung an allen Schulen gesichert, sicherlich zum Wohlgefallen aller Schüler und aller Eltern.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben eine hervorragende Qualität, der Unterricht ist gesichert, und die Situation ist viel besser, als sie von Ihnen oft beschrieben wird.

(Zuruf von der SPD: Auf Kosten der Lehrkräfte!)

Ich sage Ihnen noch eines: Immer mehr Stellen werden in einer anspruchsvoller werdenden Gesellschaft allein nicht ausreichen. Fast der gesamte Schulbetrieb wird von verbeamteten Lehrkräften aufrechterhalten. Natürlich gibt es zur Ergänzung auch angestellte Lehrer mit oder ohne Befristung. 92 % aller Lehrerinnen und Lehrer in Bayern sind Beamte. Deren Stellen sind unbefristet. Wir wollen am Berufsbeamtentum absolut festhalten. 3 % der Lehrer sind unbefristet, und weniger als 5 % der Lehrkräfte sind befristet angestellt. Das sind die rund 7.000 Personen, von denen Sie immer spre-

chen. Sie sprechen in Ihrem Dringlichkeitsantrag von 860 Arbeitslosenmeldungen. Das macht rund 0,5 % aller Lehrerinnen und Lehrer in Bayern aus. Sie stellen somit erstens ein völlig verzerrtes Bild dar, und zweitens heißt das nicht, dass jeder am Ende des Tages arbeitslos ist. Es wird vielmehr eine Anschlussverwendung wo auch immer geben. Sie erwecken einen falschen Eindruck. Wir gehen mit diesem Instrument wirklich sparsam um und werden unserer sozialen Verantwortung mehr als gerecht. So ehrlich sollten Sie eigentlich sein.

(Beifall bei der CSU)

Befristungen greifen immer dort, wo und solange Bedarf besteht. Befristungen sind deshalb fast immer für die Vertretung im Fall von Elternzeit, Mutterschutz, Krankheit oder bei Dienstunfähigkeit oder auch Tod erforderlich.

(Zuruf von der SPD)

– Wir haben viele Lehrkräfte in Teilzeit. Es gibt viele Lehrkräfte, die die angenehmen Rahmenbedingungen des öffentlichen Dienstes im Freistaat in Anspruch nehmen. Dafür bedarf es eines flexiblen Instruments, und das ist nun einmal die Befristung.

(Beifall bei der CSU)

Die Befristungen erfolgen fast immer mit Sachgrund. Es gibt jedes Jahr mehr als 1.000 Lehrkräfte, die in Elternzeit gehen und wieder an die Schule zurückkehren. Das muss irgendwie gemanagt werden. All diejenigen, die vertreten werden wollen, sind im Beamtenverhältnis. Das Beamtenverhältnis ist der Regelfall. Ich kann das nicht oft genug betonen.

(Tobias Reiß (CSU): Das verstehen die nicht!)

Nur diejenigen, die die Staatsnote nicht erreichen, werden nur teilweise übernommen. Für sie gibt es das Instrument der Befristung. Das Instrument der Befristung ist im Übrigen zulässig. Das ist eine gesetzliche Vorgabe des Bundesgesetzgebers. Bei uns

werden alle gesetzlichen Vorgaben eingehalten. Ich frage Sie: Warum darf eigentlich der Staat die Möglichkeit dieses Gesetzes nicht nutzen?

(Natascha Kohnen (SPD): Weil die Lehrer kein flexibles Material sind!)

– Das ist viel zu einfach. Das Gesetz soll laut Koalitionsvertrag mit neuen Planken ausgestattet werden. Auch der Staat braucht Flexibilität, weil es Sachzwänge gibt. Das müssen Sie erkennen.

(Beifall bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Dann müsste man ja Verantwortung übernehmen!)

Zu Ihren Behauptungen bezüglich der Kettenarbeitsverhältnisse, die sachgrundlos sind, sage ich: Sie sind von der rechtlichen Seite nur dann möglich, wenn eine wesentlich länger dauernde Unterbrechung gegeben ist. Da reichen sechs Wochen Ferien im Sommer nicht aus.

(Natascha Kohnen (SPD): Deshalb tauschen die ja aus!)

– Da muss man niemanden austauschen. Das geht doch gar nicht; denn bei jeder zukünftigen Befristung sind die juristischen Anforderungen doppelt so hoch. Da kann man nicht einfach hin- und herschieben. Was behaupten Sie da eigentlich?

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie es doch juristisch überprüfen. Derjenige, der die Möglichkeit hat, soll das juristisch überprüfen lassen. Ich sage Ihnen eines: Er wird das Verfahren gewinnen, wenn es so ist, wie Sie behaupten.

(Natascha Kohnen (SPD): Er wird nicht mehr eingestellt!)

– Er wird schon eingestellt, weil er letztendlich eine andere Perspektive bekommt.

Ich komme zum Ausgangspunkt zurück: Einen Jahresvertrag haben über zwei Drittel der befristet Beschäftigten. Diese werden somit im Sommer bezahlt. Sie erwecken

einen falschen Eindruck. Die müssen sich eben nicht arbeitslos melden. Die übrigen Bundesländer machen das übrigens nicht. Das ist Ihnen hoffentlich in diesem Presseartikel aufgefallen. In Baden-Württemberg ist die Zahl doppelt so hoch.

(Tobias Reiß (CSU): Meist rot-grüne Länder!)

Wir reden also von einem Drittel der befristet Beschäftigten, die in diese Situation fallen. Das sind 860 Personen von über 155.000 Lehrkräften. Wer kürzer als ein Jahr beschäftigt ist, für den ist diese Regelung anwendbar. Das hat aber einen Grund, der bei uns im Ausschuss auch besprochen wurde. Das hängt mit dem Urlaub zusammen. Wer weniger als ein Jahr arbeitet, hat auch einen geringeren Urlaubsanspruch. Es wäre nicht verhältnismäßig, diesen Lehrkräften den gleichen Urlaub zu geben wie denjenigen, die einen Jahresvertrag haben.

(Beifall bei der CSU)

Das ist keine Willkür, sondern ein plausibler Grund für eine unterschiedliche Behandlung. Am Schuljahresende kommen aufgrund des Systems neue Absolventen mit besseren Noten als Konkurrenz ins Spiel. Wegen des Leistungsgrundsatzes gehen diese Absolventen immer vor. Wir können deshalb die befristete Beschäftigung nicht ohne Weiteres in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis umwandeln. Dies wäre ein Vertrag zulasten Dritter, nämlich zulasten der nachfolgenden Absolventen mit Staatsnote.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bayern betreibt eine solide und nachhaltige Personalpolitik, auch wenn Sie das nicht sehen wollen. Von diesem Weg lassen wir uns von Ihnen nicht abbringen. Wir werden unseren Weg der Angemessenheit, bei dem wir 155.000 Lehrkräfte im Blick haben, fortsetzen. In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Wir werden die Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Güll hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Güll (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Her Kollege Fackler, wer 155.000 Lehrkräfte im Blick hat, könnte ein paar wenige verlieren. Es könnte sein, dass diese aus Ihrer Sicht relativ wenigen jungen Menschen von August bis September nicht wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen oder ob sie noch einkaufen können. In diesen sechs Wochen müssen diese Menschen auch leben.

Sie sagen: Die Unterrichtsversorgung ist gesichert. In meinem Landkreis gibt es eine Grundschule mit zehn Klassen, und fünf Klassenlehrer sind erkrankt. Da müssen Kinder zu Hause gelassen werden, weil ihnen kein Pflichtunterricht erteilt werden kann. Das ist die Realität. Wir können viele Klassen nicht mehr versorgen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Was sollen wir machen, wenn alle zehn Klassenlehrer krank sind? – Was ist denn das für eine dämliche Argumentation?)

– Herr Kollege Kreuzer, wir haben auf zwanzig Schulkonferenzen mit Vertretern der Schulen gesprochen. Da haben wir gehört, dass ab dem zweiten Schultag die Versorgung nicht mehr gesichert ist. Deshalb ist es richtig und notwendig, die Lehrerversorgung zu überprüfen. Nichts anderes ist vorhin gesagt worden. Ein Mittel wäre, die Mobile Reserve aufzustocken. Ein weiteres Mittel wäre es, die Lehrerversorgung um 10 % über das Budget zu decken, um solche Fälle abzufedern. Das sind alles Versäumnisse Ihrer Fraktion und Ihres Kultusministers, sonst gar nichts! Wir haben damit gar nichts zu tun. Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben, dann sind die Schulen ordentlich versorgt, und unsere Kinder haben Lehrer!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es kann doch nicht sein, dass wir in Bayern für diese wenigen Lehrkräfte keine Einstellungsmöglichkeiten schaffen können. Das ist doch lachhaft!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege Fackler, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): Lachhaft ist auch das, was Sie von sich geben. Sie setzen einfach Ihr Dogma und Ihren Duktus fort: Sie reden immer davon, dass es draußen so und so aussähe. Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus.

(Natascha Kohnen (SPD): Gehen Sie doch an die Schulen!)

Was Sie hier erzählen, entspricht Ihrer Perspektive und Ihrem Weltbild.

(Ruth Müller (SPD): Das ist nicht unsere Perspektive, sondern das sind die Sorgen der Menschen!)

Zu Ihrer Perspektive passt nicht das, was wir sagen. Wir haben bei der Bildung so viele Stellen aufgebaut wie in keinem anderen Ressort. Das müssten Sie anerkennen. Das tun Sie aber nicht. Solange das so ist, werden wir uns hier weiter freudig unterhalten und debattieren. Deshalb sind wir auch hier.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis jetzt kommen die Zwischenrufe und die Störungen von der rechten Seite. Darauf möchte ich nur hinweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Gehring, die Zwischenrufe kommen von allen Seiten, je nachdem, aus welcher Fraktion der Redner stammt.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich halte es für eine Unsitte, dass bei Interventionen immer Zwischenrufe gemacht werden.

Zur Debatte. – Vielleicht könnte der Herr Kollege Kreuzer – –

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Meine Herren Kollegen Rinderspacher und Kreuzer, beenden Sie bitte Ihre Zwiesprache, damit Herr Kollege Gehring die Chance hat, hier zu sprechen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Saisonale Arbeitslosigkeit kenne ich in meiner Region nur bei Holzfällern, die nicht arbeiten können, weil der Winter so streng ist.

(Thomas Kreuzer (CSU): Holz wird hauptsächlich im Winter gefällt!)

– Herr Kreuzer, es ist klar, dass der Skilehrer im Sommer keine Arbeit findet.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn bei Lehrkräften an staatlichen Schulen im August die Arbeitslosigkeit steigt, ist nicht das Wetter schuld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An den Schulen herrscht kein Arbeitsmarkt, der irgendwelchen Einflüssen folgt. Nein, schuld ist hier der Arbeitgeber. An den staatlichen Schulen gibt es nur einen Arbeitgeber, und das ist der Freistaat Bayern. Und dieser Arbeitgeber entlässt einen Teil der Lehrerschaft nicht in die Ferien, sondern in die Arbeitslosigkeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine absurde Situation. Diese Lehrkräfte müssen sich im Voraus arbeitslos melden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielleicht könnten wir in allen Reihen ein bisschen Disziplin halten. – Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Die Lehrkräfte müssen sich im August als arbeitssuchend melden. Was für eine absurde Situation. Sie werden im August keine Arbeit finden, weil da Ferien sind. Das ist nichts anderes als eine Einsparpolitik des Freistaates auf Kosten von Lehrkräften, die in einer schwachen Position sind.

(Tobias Reiß (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Das sind die Lehrkräfte mit den Zeitverträgen und den befristeten Verträgen, die im August ausgestellt werden. Auf deren Kosten betreibt der Freistaat seine Politik. Das ist unfair.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Praxis muss geändert werden. Ja, es gibt diese Regelung, wonach derjenige, der im September beginnt, einen Vertrag bis zum Ende des Schuljahres bekommt. Diese Regelung brauchen wir aber auch für Leute, die während des Schuljahres einsteigen. Das sind nämlich die Lehrkräfte, die einspringen, wenn Not herrscht, wenn Unterrichtsausfall droht, wenn Lehrkräfte schwanger werden, in Elternzeit gehen oder krank werden. Diese Lehrkräfte haben ein Recht auf eine vernünftige Arbeit.

Herr Kollege Fackler, natürlich brauchen wir Flexibilität und die Möglichkeit, Lehrkräfte flexibel einzusetzen. Wir brauchen diese Flexibilität aber im System; sie darf nicht auf Kosten der Lehrkräfte gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen haben wir den Vorschlag der 110-prozentigen Lehrerversorgung an den Schulen gemacht. Wir wollen genügend Lehrkräfte an Bord haben, die dann flexibel

eingesetzt werden können, wenn Schwangerschaften und Krankheiten auftreten. Die Häufigkeit von Schwangerschaften und Krankheiten kann statistisch berechnet werden. Wir wissen immer, wie viel Unterricht in einem Jahr ausfallen wird. In diesen Fällen können diese Lehrkräfte als Springer eingreifen.

Die Mobile Reserve ist ein gutes Beispiel. Die Mobile Reserve hat das Problem, dass sie gleich zu Beginn des Schuljahres ausgeschöpft ist. Wäre sie gut ausgestattet, hätten wir ein gutes Instrument, um Lehrkräfte flexibel einzusetzen. Statten Sie die Schulen deswegen über die 100-prozentige Unterrichtsversorgung hinaus gut aus. Dann haben wir Flexibilität, und dann haben wir nicht mehr das Problem, dass die Leute keine richtigen Verträge bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Vorschlag mag teuer erscheinen. Wir müssen aber eine genaue Rechnung aufmachen: Wenn wir alle ausgefallenen Unterrichtsstunden in Arbeitsstunden umrechnen und die entsprechenden Kosten ansetzen, dann sehen wir, wie hoch der Verlust durch den Unterrichtsausfall tatsächlich ist. Es ist ein monetärer Verlust; aber es ist vor allem ein Verlust an Lehrqualität für die Schülerinnen und Schüler. Jede ausgefallene Unterrichtsstunde zeigt, dass die Schule ihre Aufgabe nicht erfüllen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb schlagen wir die 110-prozentige Lehrkräfteversorgung vor. Wir brauchen Flexibilität im System. Beenden Sie die Praxis der Zeitverträge, die im Juli enden!

Wir werden dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Gehring, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Waschler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Gehring, Sie haben den Begriff "Flexibilität" erwähnt und die Bedeutung der sicheren Unterrichtsversorgung betont. Redner der Opposition haben mehrmals von einer 110-prozentigen Lehrkräfteversorgung gesprochen. Können Sie all denen, die nicht so sehr mit der Materie vertraut sind und die im Internet, das heißt über "Plenum Online", diese Debatte verfolgen,

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Massen!)

erklären, warum kein Vertreter der Opposition erwähnt hat, dass wir eine historisch hohe Unterrichtsversorgung haben – Stichworte: Mobile Lehrerreserve und Integrierte Lehrerreserve – und dass während eines Schuljahres händeringend Lehrerinnen und Lehrer gesucht werden, auch wenn sie die Staatsnote nicht erreicht haben?

(Isabell Zacharias (SPD): Nehmt doch die arbeitslosen Lehrer!)

– Wenn die Frau Kollegin dazwischenruft, wir sollten die arbeitslosen Lehrer nehmen, dann sage ich: Solche sind auf dem Markt nicht verfügbar, wie auch Sie aus verschiedenen Gesprächen wissen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Weil ihr zu wenig ausgebildet habt!)

Können Sie erklären, warum die Opposition all das mit keinem einzigen Wort erwähnt hat? Es würde zur Redlichkeit dazugehören, darauf hinzuweisen, dass wir in Bayern und darüber hinaus in Deutschland eine exzellente Versorgung haben. Was es mit den Spitzen von 0,5 % auf sich hat, hat Herr Kollege Fackler erklärt. Dabei handelt es sich um absolute Ausnahmen in Notfällen, auch wenn diese kumuliert auftreten können.

Wir haben einen Spitzenstand. Das sind Fakten, die man nachweisen kann. Warum hat die Opposition das nicht erwähnt? Können Sie das irgendwie erklären? Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar, Herr Kollege Gehring.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Gehring, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Waschler, Sie haben recht: Es ist tatsächlich so, dass während des Schuljahres bei Schulleitern und Schulverwaltungen große Not herrscht, wenn eine Grippewelle einsetzt und die Lehrkräfte ausfallen. Dann ist es tatsächlich schwierig, Leute zu finden. Diese sitzen nicht zu Hause und warten, bis jemand von der Schulleitung anruft und fragt: Hast du Zeit, in den nächsten drei Wochen bei uns die Unterrichtsvertretung zu übernehmen? – Das ist tatsächlich ein Problem.

Wir hatten im vergangenen Jahr gerade in Niederbayern gehäuft Unterrichtsausfall, sodass die Schüler nach Hause geschickt wurden. Das war eine Folge von Grippewellen, die immer wieder auftreten. Das ist ein Problem während des Schuljahres.

Die Lehrerinnen und Lehrer, von denen wir hier sprechen, sind aber auf dem Arbeitsmarkt, auch in diesen Wochen. Im vergangenen Jahr sind nur 30 % der ausgebildeten Realschullehrer – diese Quote gilt auch für die Gymnasiallehrer – eingestellt worden. Das bedeutet, viele junge Lehrerinnen und Lehrer sind in diesen Wochen ohne Job, obwohl sie mit ihrem Studium fertig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Diese Lehrerinnen und Lehrer sind bereit, einen Arbeitsvertrag abzuschließen und Teil der 110-prozentigen Lehrkräfteversorgung zu werden. Jetzt sind diese Lehrerinnen und Lehrer da, jetzt müssen Sie sie nehmen, jetzt müssen Sie ihnen gute Verträge anbieten. Es wird nicht ausreichen, sie im Oktober anzurufen, um sie Ende Juli nächsten Jahres wieder in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Die Lehrerinnen und Lehrer sind da. Es fehlt nur an guten Angeboten. Diese müssen Sie ihnen machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Gehring, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Herr Glauber hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Gehring, könnten Sie Herrn Kollegen Waschler, der lange genug als Lehrer verantwortlich war, erklären, wie die Mobile Reserve in Bayern zum Schuljahresbeginn aufgrund von Schwangerschaften und Langzeiterkrankungen verplant ist? Ich bin seit zehn Jahren Mitglied dieses Hauses, und seit zehn Jahren klagen alle Landkreise Bayerns über die mangelnde Lehrerversorgung, obwohl es die Mobile Reserve gibt. Seit zehn Jahren klagen Petenten, insbesondere Eltern, darüber, dass zu Beginn des Schuljahres die Mobile Reserve verplant ist. Ich kann nicht verstehen, dass ein Lehrer wie Herr Waschler, der lange genug in Verantwortung war, uns hier solche Märchen erzählt.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Die Märchenerzähler sitzen bei Ihnen!)

Seit zehn Jahren erlebe ich immer wieder das gleiche Bild. Könnten Sie das dem Kollegen bitte noch einmal erklären?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Gehring, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Die Mobile Reserve ist eigentlich ein gutes Modell. Das Problem ist tatsächlich, dass die Reserve leer ist. Dann kann ich aus dieser Reserve nichts mehr schöpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Persönliche Erklärung!)

Es ist tatsächlich so – Herr Kollege Glauber hat darauf hingewiesen –, dass in vielen Schulamtsbezirken zu Beginn des Schuljahres alle Leute aus der Mobilien Reserve bereits verplant bzw. im Einsatz sind. Sie sind dann im Dauereinsatz, nicht nur für vier bis sechs Wochen. Sie dienen insbesondere als Ersatz für Lehrkräfte, die infolge von langfristigen Erkrankungen, die es nun einmal gibt, ausfallen. Ein weiterer Grund sind

Schwangerschaften von Lehrerinnen. Wenn der jungen Lehrerin vom Arzt die Schwangerschaft bestätigt wird, weiß sie zwar, dass sie zum Beispiel ab Oktober ausfallen wird. Es wird aber nicht eine zusätzliche Ersatzkraft eingestellt, sondern dafür wird jemand aus der Mobilen Reserve genommen. Das heißt, die Mobile Reserve ist zu Beginn des Schuljahres verplant. Das wissen wir seit Jahren, und das thematisieren wir seit Jahren. Die Mobile Reserve wird bisher für die langfristige Unterrichtsvertretung von ausgefallenen Lehrkräften missbraucht. Deswegen funktioniert sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat Herr Staatsminister Sibler das Wort. Bitte schön.

(Ein Mitglied der Fraktion der CSU begibt sich zum Saalmikrofon)

– Herr Kollege, mir ist bisher nicht mitgeteilt worden, dass Sie sich gemeldet haben. Sie sind der Zweite aus der CSU. Damit ist das Recht erschöpft.

Jetzt hat Herr Staatsminister Sibler das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Bernd Sibler (Unterricht und Kultus): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an die Kollegen Fackler und Waschler, dass sie viele Dinge vom Kopf auf die Füße gestellt haben.

95 % der mindestens überhäufig beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer in Bayern sind verbeamtet oder unbefristet angestellt. Das Instrument der zeitlichen Befristung ist also die Ausnahme, nicht die Regel.

Zudem will ich darauf hinweisen, dass von den genannten Zahlen 1.300 Personen in Sondermaßnahmen unterwegs sind, um sich zu Grund- und Mittelschullehrern qualifizieren zu lassen. Diese Lehrerinnen und Lehrer haben dann erneut den Anspruch auf Verbeamtung. Diese Zusage steht. Also wird die Zahl noch ein gutes Stück kleiner.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich darauf verweisen, dass wir in den vergangenen Jahren in den Lehrämtern für die Grundschule, die Mittelschule, die Berufsschule und die Förderschule Einstellungsquoten von 100 % hatten. Wir haben praktisch alle, die sich darum beworben hatten, in das Beamtenverhältnis aufgenommen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Wo sind sie denn alle?)

Wir haben zweieinhalbtausend Lehrkräfte für die Flüchtlingsbeschulung bereitgestellt, um auch in diesem Bereich die Unterrichtssituation zu verbessern. Die Anstellungssituation ist auch dort sehr gut.

Ich verweise auf Heinz-Peter Meidinger, der sich so zitieren ließ, dass sich die Situation in Bayern in den vergangenen Jahren verbessert hat.

Jürgen Böhm würde dies unterstreichen.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

– Frau Kohnen, er hat von der Situation in Deutschland allgemein und nicht von der in Bayern gesprochen.

(Natascha Kohnen (SPD): Das stimmt nicht!)

– Natürlich! Ich habe in den letzten Tagen sogar mit ihm gesprochen.

Für die Realschulen haben wir eine Spezialmaßnahme vorgesehen. Dort halten wir für die schwangeren Lehrkräfte sehr lange genau die Stelle vor, die sie wegen der Schwangerschaft verlassen haben, damit sie dorthin zurückkehren können, wo sie ursprünglich gearbeitet haben. Sie sollen nicht hin und her wechseln müssen. Das ist ein spezieller Service für unsere Lehrkräfte, die auf ihre ursprüngliche Stelle zurückkehren wollen. Wenn Sie so wollen, konkurrieren hier zwei Ziele in der gleichen Lehrergruppe. Wir wollen auch mit unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gut und vernünftig umgehen. Das ist die Erklärung, warum wir an den Realschulen etwas mehr Stellen vorgesehen haben. Wir wollen, wie gesagt, dass schwangere Lehrkräfte

nach ihrer Elternzeit zurückkehren können, wenn sie dies wollen. Weil wir arbeitnehmerfreundlich sind, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wiederhole: 95 % der Lehrerinnen und Lehrer sind verbeamtet oder fest angestellt. Ich darf zudem darauf verweisen, dass wir an den Universitäten 65 weitere Stellen schaffen, um dort die Ausbildung für das Lehramt Grundschule – vorgesehen sind 700 weitere Studienplätze – ausbauen zu können.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Weil es notwendig ist!)

– Weil wir die langfristige Planung machen, Frau Wild, die Sie uns immer absprechen! Genau das ist die Antwort des soliden Arbeitgebers Freistaat Bayern an dieser Stelle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erinnern Sie sich an das Frühjahr dieses Jahres? Erinnern Sie sich an die Influenza? Erinnern Sie sich bitte daran, dass wir als Ausdruck der Fürsorgepflicht des Freistaates Bayern schwangere Lehrkräfte nicht mehr unterrichten ließen, um keine schwierigen Situationen entstehen zu lassen. Wir haben wichtige Ziele, die auch einmal miteinander konkurrieren, in Übereinstimmung gebracht. Das ist ein wichtiger Hinweis, um zu verdeutlichen, dass wir als Arbeitgeber Freistaat Bayern sehr solide mit den uns anvertrauten Menschen umgehen. Das will ich dick unterstreichen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Fackler hat es deutlich gemacht: Wir unterbreiten bereits viele Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es gibt immer wieder einige Zielkonflikte; ich habe sie beschrieben. Deshalb gehen wir mit diesen Instrumenten sehr sensibel, sehr vernünftig um.

Unsere Einschätzung wird wiederum von Heinz-Peter Meidinger bestätigt, wenn er sagt, dass die entsprechenden Zahlen in den vergangenen Jahren rückläufig waren und nicht gestiegen sind. Sie haben hier einen falschen Eindruck erweckt, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Die Klassengrößen waren in den vergangenen Jahren in allen Schularten deutlich rückläufig. In der Mittelschule sind es im Schnitt unter 20, in der Grundschule 21 Schülerinnen und Schüler. Auch an den Realschulen und den Gymnasien, wo wir noch ein Stück des Weges vor uns haben, sind die Klassengrößen deutlich zurückgegangen.

Liebe Frau Kohnen, wenn jemand im September wieder eingestellt wird, wird er für ein ganzes Jahr eingestellt und bekommt die Bezahlung im Sommer zugesichert. Das ist ein wichtiger Unterschied zwischen dem Freistaat Bayern und vielen anderen Bundesländern. Wenn die Lehrkräfte das ganze Jahr unterrichten, dann ist sichergestellt, dass sie auch das ganze Jahr bezahlt werden.

Ich will noch zu zwei Punkten Stellung nehmen. Wir alle hier im Hohen Haus haben uns darauf geeinigt, dass wir die Mobile Reserve nicht sofort einsetzen wollen. Wir waren uns einig, dass wir zu den Weihnachtsferien und im Februar flexible Elemente brauchen, um bei Erkrankungen reagieren zu können. Darüber waren wir uns alle im Haus einig.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ist es!)

Das ist genau die Konsequenz, die daraus erwächst. Wolfgang Fackler hat das beim Thema Urlaubsanspruch und anderen Dingen deutlich gemacht. Da waren wir uns alle einig. Deshalb verstehe ich vieles von der Kritik daran nicht.

Ich will noch einmal deutlich betonen, dass wir die Mobile Reserve in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet haben, Stichwort: Bildungspaket. Die Dinge wirken zum Schuljahresbeginn des nächsten Jahres. Wir haben gerade gestern mit dem Nachtragshaushalt weitere Dinge auf den Weg gebracht. Markus Söder hat weitere Stellen angekündigt. Gestern haben wir die ersten Schritte auf den Weg gebracht.

Deshalb will ich dick unterstreichen: Der Freistaat Bayern ist ein solider Arbeitgeber. Wir haben eine glaubwürdige Politik auf den Weg gebracht und werden diesen Weg

weitergehen. Dabei sind wir sensibel. Fälle von Personen, die sich in einer schwierigen Situation befinden, müssen wir uns ansehen. Wir gehen mit der Sache sensibel und sehr, sehr vernünftig um.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Prof. Dr. Piazolo hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Staatsminister, ich will meine Zwischenbemerkung mit ein paar Fragen verbinden. Wir reden über Befristungen. Ist es richtig, dass zwischen 2010 und 2016 – das ist nicht so ganz lange her – im Grundschul- und im Mittelschulbereich die Befristungen um 50 % gestiegen sind? Ist es richtig, dass die Befristungen im gleichen Zeitraum, von 2010 bis 2016, im Realschulbereich um zwei Drittel gestiegen sind? Ist es richtig, dass Sie in den letzten Jahren von den Abgängern, also von den Referendaren, insbesondere bei der Realschule, aber auch im Gymnasium, teilweise bis zu 70 % derjenigen, die ihr zweites Staatsexamen gemacht haben, nicht übernommen haben? Ist es richtig, Herr Staatsminister, dass Sie über Jahre hinweg einen NC bei den Lehrämtern für Grundschule und Mittelschule hatten und es deshalb nicht überraschend ist, dass es nicht genügend Lehrer gibt? Ist es richtig, dass es die CSU in den letzten Jahren mittels eines Gesetzes, das den Einstieg in die Referendarzeit bis zu drei Jahre hinauszögert, erschwert hat, ins Referendariat zu kommen? Ist es richtig, Herr Staatsminister, dass bei den Lehrerstellen gerade unter Ministerpräsident Stoiber gewaltig gestrichen wurde?

All das hat dort zu Frust und zu weniger Stellen geführt, die Sie jetzt langsam wieder aufmörteln, und das kurz vor der Wahl.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Bernd Sibler (Unterricht und Kultus): Lieber Kollege Piazolo, viele Ihrer Fragen habe ich in meinem Statement bereits beantwortet. Die Befristungen bei der Grundschule und der Mittelschule sind auf die Sondermaßnahme zurückzuführen, dass die Leute eine Zusage der Verbeamtung haben, wenn sie eine klitzekleine positive Bewertung des Schulrates haben, was praktisch alle schaffen. Damit ist das gut erklärbar.

Hinsichtlich der Realschule haben wir die notwendige Flexibilität bei der Rückkehr aus der Elternzeit angesprochen. Bei der Realschule und beim Gymnasium haben wir dies ebenso wie bei der Grund- und Mittelschule als flexibles Element auf den Weg gebracht. Im Hinblick auf die Grundschule haben wir an den Universitäten 65 zusätzliche Stellen geschaffen, um beim Thema Numerus clausus eine langfristige Perspektive bieten und eine Antwort geben zu können. Wir reagieren darauf. Wir reden nicht, sondern wir handeln, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Frau Kollegin Kohnen hatte sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Nachdem Sie mir vorgeworfen haben, dass Herr Böhm vom Verband Deutscher Realschullehrer in seiner Presseerklärung nicht über Bayern gesprochen hätte, habe ich sie mir herausgesucht. Er spricht über die befristeten Jobs am Ende des Schuljahres 2017/2018. Ich zitiere den Satz:

Bundesweit waren es bereits im Vorjahr rund 4.900 Lehrkräfte von Baden-Württemberg bis Bremen, von Bayern bis Berlin, die dieses Schicksal teilten und die Zahl wird sich 2018, so befürchtet Böhm, festigen.

Nehmen Sie das einfach zur Kenntnis. Wir brauchen eine Reserve. Sie sagen zwar immer, es mögen noch so wenige Lehrerinnen und Lehrer davon betroffen sein. Das stimmt nicht. Sie können das Schicksal solcher Menschen doch nicht in der Art beurteilen, dass es nur ein paar seien; meine Güte; so ist es halt. – Diese Leute haben für ihr normales Leben keine Planungssicherheit. Das ist doch das Problem. Ehrlich gesagt: In den letzten 30 Jahren haben Ihre Berechnungen nie gestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen funktioniert das Ganze nicht.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Bernd Sibler (Unterricht und Kultus): Liebe Frau Kohnen, in dem Zitat, das Sie gebracht haben, ist deutlich geworden, dass Herr Böhm natürlich eine bundesweite Perspektive eingenommen hat.

(Beifall bei der CSU)

Sie unterstreichen das ja gerade.

(Beifall bei der CSU)

Hinsichtlich der Realschulen haben wir die notwendige Flexibilität mit dem Realschullehrerverband besprochen, weil es ein Wunsch war, die Elternzeitplätze freizuhalten. Das ist durchaus ein Stück weit eine andere Kultur als in anderen Schularten. Das wurde besprochen. Was Sie gesagt haben, ist kein Widerspruch. Es besteht kein Widerspruch zwischen dem, was Jürgen Böhm und ich gesagt haben. Heinz-Peter Meidinger hat dies für den Deutschen Lehrerverband auch unterstrichen.

Wir sind in Bayern auf einem guten Weg und werden in den betreffenden Fällen mit den Leuten vernünftig und sensibel umgehen. Ein Stück Flexibilität brauchen wir als Arbeitgeber aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Jetzt hat sich Kollege Waschler nach § 112 der Geschäftsordnung zu einer persönlichen Erklärung zur Aussprache gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben für maximal fünf Minuten das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine persönliche Erklärung betrifft die Vorhaltungen des Kollegen Glauber, die ich persönlich als beleidigend empfinde. Er hat mich als Märchenerzähler titulierte.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich stelle fest, dass ich in meiner Zwischenbemerkung den Kollegen Gehring auf einer absolut fachlichen Grundlage nach einer Bewertung gefragt habe, weshalb Fakten, die eindeutig nachweisbar sind, von keinem Vertreter der Opposition erläutert worden sind. Kollege Glauber versucht, in beleidigender Art und Weise Stimmung zu machen. Ich stelle fest, Herr Kollege Glauber: Das ist nicht mein Sprachgebrauch. Das ist kein Sprachgebrauch, der in diesem Hohen Haus gepflegt werden sollte. Ich glaube, diese Meinung haben wir gestern eigentlich alle teilen wollen. Ich darf Ihnen sagen, Herr Kollege Glauber: Manchmal ist es sinnvoller, sich an etwas zu erinnern, bevor man etwas sagt, nämlich an das Sprichwort: Wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe in meiner persönlichen Erklärung ein Beispiel dafür, warum das nicht meine Art ist und warum ich die Gelegenheit nutze, dies im Hohen Hause zu erwähnen. Heute im Verlauf der Sitzung sind Dinge vorgebracht worden, die durch keine Belege hinterlegt worden sind.

Ein weiterer Punkt. In einer Sitzung des Bildungsausschusses wurden aus Ihrer Fraktion heraus Behauptungen aufgestellt, wie schlimm es an einer gewissen Schule mit dem Unterrichtsausfall sei, wie man gehört habe. Ich habe dann darum gebeten, Fakten beizubringen. Herr Kollege Piazolo weiß, wovon ich spreche. Dann ist gesagt worden, an der und der Schule sei es so und so schlimm, da wäre der und der Unterrichtsausfall; man habe das gehört. Ich habe darum gebeten, das mit Fakten zu hinterlegen. Bis heute habe ich aber nichts gehört, weil gesagt wird, dass es doch nicht so war, wie man es gehört habe. Es passiert ja manchmal, dass man etwas hört.

Deshalb, Herr Kollege Glauber, breite ich gerne den Mantel der Nächstenliebe über Ihre Aussage. Informieren Sie sich bitte vorher. Sie können sicher sein, dass wir gut informiert sind, dass wir wissen, was es bedeutet, wenn man über die Mobile Reserve spricht, wenn man über die Integrierte Lehrerreserve und über die vorhandenen Mehrungen spricht. Wir stellen Ihnen die Unterlagen gerne zur Verfügung.

Ob Sie das zurücknehmen oder nicht, ist egal. Ich bitte nur, in Zukunft mit der Wortwahl vorsichtig zu sein; denn das wird draußen gehört, und zwar nicht nur von denen, die wissen, dass es im Parlament manchmal etwas robuster zugeht, wenn das Ende der Legislaturperiode naht, wenn manche Ängste vorhanden sind, wenn der eine oder andere nervös ist. Wir sollten bei der gebotenen Höflichkeit, Gründlichkeit und Faktennähe bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben über zwei Dringlichkeitsanträge abzustimmen, über den einen von der SPD und den anderen von den FREIEN WÄHLERN. Von der SPD ist namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD beantragt worden. Daher ziehe ich den Antrag der FREIEN WÄHLER vor. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23244 – das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Stamm (fraktionslos) und Herr Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/23225 abstimmen. Der Inhalt ist bekannt. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten sind dafür vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 10.00 bis 10.05 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales auszuzählen. Es wird Ihnen dann zu gegebener Zeit mitgeteilt.

Ich komme zur nächsten Dringlichkeit. Ich rufe auf zur gemeinsamen Beratung den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Prof. Dr. Piazzolo und andere und Fraktion – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich fahre mit der Sitzungsleitung fort, wenn Sie sich ordnungsgemäß niedergelassen haben

(Horst Arnold (SPD): Ist das eine Dienstanweisung?)

oder den Saal verlassen haben. Das gilt auch für die beiden Herren am rechten Rand.

(Heiterkeit bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Des Plenarsaals!)

– Ich habe die Terminologie verwendet, die im Plenarsaal üblich ist.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Schuster, Güll und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Keine Entlassung von Lehrkräften zu Beginn der Sommerferien" auf Drucksache 17/23225 bekannt. Mit Ja haben 60, mit Nein haben 83 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.07.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Martin Güll u. a. und Fraktion SPD; Keine Entlassung von Lehrkräften zu Beginn der Sommerferien (Drucksache 17/23225)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X					
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric				Häusler Johann			
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid			
Brannekämper Robert				Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herrmann Florian		X	
Brunner Helmut		X		Herrmann Joachim			
				Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin				Hiersemann Alexandra	X		
				Hintersberger Johannes		X	
Deckwerth Ilona	X			Hözl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Erwin		X	
				Dr. Huber Marcel		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Huber Martin			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Imhof Hermann		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X					
Freller Karl		X		Kamm Christine	X		
Fröschl Markus				Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette			
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus	X			Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	60	83	0